

30. Juni 2010 / RBL

Weiterentwicklung der städtischen Integrationspolitik Hearings Mai / Juni 2010 - Zusammenfassung der Rückmeldungen

Einleitung

Die Stadt Zürich hat im Herbst 2009 einen Integrationsbericht veröffentlicht. Dieser beschreibt für die verschiedensten Themenbereiche relevante Daten und Fakten, wichtige städtische Aktivitäten und sich stellende Herausforderungen. Der Bericht entspricht einer Ist-Analyse und ist nicht zuletzt eine Diskussionsgrundlage.

Zur Vorbereitung der weiteren integrationspolitischen Planung realisierte die Integrationsförderung im Mai / Juni 2010 drei Hearings, an denen insgesamt rund 90 verwaltungsexterne Personen teilnahmen. Sie wurden als Vertretungen von Migrantenorganisationen, religiösen Gemeinschaften, Hilfswerken und Fachstellen eingeladen.

Die Hearings waren zweiteilig. In einem ersten Teil ging es um die möglichst umfassende Sammlung von Rückmeldungen und Anregungen in Form von einzeln oder in Kleingruppen erarbeiteten «Kärtchen», welche thematisch einem der Kapitel des Integrationsberichts zugeordnet wurden. Im zweiten Teil wurden in Gruppen durch die Teilnehmenden ausgewählte Fragestellungen vertieft diskutiert.

Die in diesem Papier erstellte Zusammenfassung der Hearingsergebnisse basiert auf den beschriebenen Karten sowie den Flippchart-Protokollen der Gruppendiskussionen. Sie versucht, die eingebrachten Anregungen, Anmerkungen und Wünsche trotz der notwendigen Kürzungen möglichst unverfälscht und vollständig widerzugeben.

Zu beachten ist, dass die unten folgenden «Ergebnisse» weder einem Konsens entsprechen noch widerspruchsfrei sind. Auch beruhen sie vereinzelt auf unvollständigen Informationen oder bewegen sich ausserhalb der allgemeinen integrationspolitischen Linie der Stadt Zürich. Da jeder notierte Hinweis aber eine Fachmeinung spiegelt, ergibt sich insgesamt eine äusserst anregende Auflistung von prüfungswerten Aspekten.

Die Workshopergebnisse werden in einer Struktur aufgeführt, die in einem ersten Teil den «biographischen» Kapiteln des Integrationsberichts folgt und in einem zweiten Teil andere erwähnte Themenfelder berücksichtigt.

Workshopergebnisse zu den «biographischen» Kapiteln des Berichts:

Geburt und Vorschulalter

Die Frühförderung wird als ein wichtiger Aspekt der Integrationsbemühungen erachtet. Dabei werden besonders die muttersprachliche Beratung und Informationsabgabe sowie die ebenfalls muttersprachlichen und sehr persönlich zu gestaltenden Hausbesuche hervorgehoben. Grundsätzlich soll diese Förderung möglichst früh und flächendeckend erfolgen.

Als Ergänzung bedarf es günstige, interkulturelle und umfassende Kinderbetreuungsangebote sowie die Initiierung von Selbsthilfegruppen zu Erziehungs- und Integrationsthemen nach dem Vorbild der «Femmes Tische» unter fachkundiger Begleitung in verschiedenen Sprachen.

Schule

Die mit Quims eingeleiteten Schritte werden begrüsst. Die Schule bedarf jedoch einer Intensivierung ihrer interkulturellen Ausrichtung, untern anderem durch eine interkulturelle Ausbildung der Lehrkräfte, eine Überarbeitung der Lehrmittel hinsichtlich der vorhandenen Diversität, einen verstärkten Ausbau von Deutsch als Zweitsprache sowie eine grössere Unterstützung des heimat Sprachlichen Unterrichts. Von diesem «Diversity-Verständnis» würde auch die Wirtschaft profitieren.

Die Bemühungen um den Einbezug der Eltern mit Migrationshintergrund in den schulischen Alltag sollen weiter verstärkt werden. Dabei soll diesen aufgezeigt werden, dass die Schule an ihren Ressourcen interessiert ist und von diesen auch profitieren will. Ein Vorschlag dazu wäre, dass eine Person pro Schule gezielt Vernetzungsarbeit mit den Eltern betreibt.

Als Ergänzung zu den bisherigen Bemühungen sollten die Klassengrössen verkleinert, die SchülerInnen nach Bildungs- und Migrationshintergrund auf die einzelnen Schulhäuser besser verteilt, eine Koordination zwischen dem vor-, ausser- sowie nachschulischen Bereich aufgebaut und die Schulsozialarbeit ausgebaut werden. Weiter sollten vermehrt günstige Hortplätze zur Verfügung gestellt und «Gratis-Pflicht-Deutschkurse» für Mütter mit geringen Deutschkenntnissen vor dem Schuleintritt ihrer Kinder angeboten werden.

Jugend

Jugendliche mit Migrationshintergrund leben vielfach in zwei oder mehreren Kulturen, sind auf der Suche nach Halt und nebst den Übersetzungsaufgaben innerhalb der Familien auch oft mit aus dem ursprünglichen Heimatland importierten Konflikten konfrontiert. Aus diesem Grunde sollen sie vermehrt in ihren sozialen und emotionalen Kompetenzen gefördert werden.

Als wichtiges Thema wird die Berufsbildung erachtet. Nebst der Intensivierung der bisherigen Unterstützung bei der Lehrstellensuche, beim Einstieg ins Berufsleben und bei der Überbrückung von Lücken, geht es insbesondere auch um die Schaffung von Chancengleichheit beim Berufseinstieg. Für die Jugendlichen wie für die Lehrbetriebe bedarf es einer zusätzlichen Begleitung während der Ausbildung. Dazu muss die Wirtschaft vermehrt in die «Pflicht» genommen werden und die Stadt selbst als Vorbild vorausgehen.

Bei der angebotenen Offenen Jugendarbeit bedarf es vermehrt einer aufsuchenden Ausrichtung und einer Weiterbildung in transkulturellen Kompetenzen.

Familie

Mehrfach wurde erwähnt, dass es eines Ausbaus der sozialpädagogischen Familienbegleitung bedarf. Gleichzeitig wurde auch eine Intensivierung der Elternarbeit und -bildung mit dem Fokus auf die Stärkung der Erziehungskompetenzen gewünscht. Dabei wird empfohlen, dass diese muttersprachlich, geschlechtsspezifisch, auf transkulturellen Kompetenzen aufbauend und unter Berücksichtigung der Gesamtfamilie angeboten wird. Spezielle Angebote bedarf es für Eltern in binationalen Ehen.

Sozialhilfe

Bei der Sozialhilfe bedarf es einer verstärkten Schulung der BeraterInnen in transkulturellen Kompetenzen. Bemängelt wurde zudem der Informationsstand der MigrantInnen zu ihren Rechten in der Sozialhilfe. Als integrationshemmend wird insbesondere der Umstand erachtet, dass Armut und ein unsicherer Aufenthaltsstatus oft gemeinsam «auftreten». Gegen diesen Umstand sind Massnahmen nötig.

Sprache

Das bisherige Sprachlernangebot soll erweitert werden. So sollen neue Ansätze beim Lernen sowie viel mehr spezifische, niederschwellige Kurse insbesondere für ältere Personen, Kinder und Frauen in den einzelnen Quartieren angeboten werden. Diese sollten gratis oder einkommensabhängig oder zumindest billiger angeboten werden. Inhaltlich sollen sie auch Sozialinformationen thematisieren.

Heimatsprachliche Kurse und Deutschkurse für monoethnische Gruppen sollen weiter ausgebaut und verstärkt finanziell unterstützt werden. Ebenfalls sollen mehr Schweizerdeutschkurse angeboten werden. Diese sollen als Ergänzung zu den herkömmlichen Deutschkursen angesehen werden und v.a. das Hörverständnis verbessern, welches für die soziale Integration als zentral erachtet wird.

Die Rekrutierung der TeilnehmerInnen zu den Sprachkursen könnte über die MigrantInnenorganisationen erfolgen, oder durch sanften Druck, dass NeuzuzügerInnen in den ersten drei Monaten Deutsch lernen müssen. Gleichzeitig sollen die ArbeitgeberInnen ihren Angestellten Zeit für den Besuch von Deutschkursen zur Verfügung stellen.

Arbeit

Der Zugang für MigrantInnen zum Arbeitsmarkt soll weiter verbessert und unterstützt werden. Die Arbeitgeber wie auch die Gesamtbevölkerung sollen dabei über die Vorteile und den Nutzen von «Diversity Management» informiert werden. Ergänzend dazu sollen die MigrantInnen Begleitung durch MentorInnen oder eine spezifische Berufs- und Weiterbildungsberatung erhalten. Gleichzeitig sollen auch Arbeitgeber unterstützt und informiert werden über die Anstellung und Begleitung von MigrantInnen im Arbeitsalltag.

Ein wichtiges Thema in den Hearings war auch die Anerkennung von Diplomen aus den Herkunftsländern. Hierzu bedarf es einer erweiterten Informationsabgabe, z.B. welche Zusatzqualifikationen zu einer hiesigen Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Ausbildung führen. Dies bedeutet, dass die Qualifizierungs- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten für MigrantInnen weiter ausgebaut, vergünstigt und bekannt gemacht werden müssen. Gleiches gilt für die Informationen, wie MigrantInnen sich selbständig machen könnten.

Auch die Stadt Zürich als Arbeitgeberin ist gefordert, so soll sie eine Vorbildfunktion für andere Betriebe einnehmen, in dem sich die multinationale Bevölkerung auch in ihrer MitarbeiterInnenzusammensetzung widerspiegelt. Sie soll insbesondere MigrantInnen in Fachbereichen einstellen, ihren Spielraum bezüglich Diplomanerkennung wahrnehmen und vermehrt niederschwellige Ausbildungsplätze anbieten. Dabei geht es weniger um die Kosten-/Nutzenfrage als ums Image, welches sie später für das Standortmarketing verwenden kann. Prüfwert wäre sicherlich auch die Schaffung eines Labels für «migrantInnenfreundliche Unternehmen».

Wohnen und Freizeit

Grundsätzlich wird betont, dass es keine räumlich getrennten Gesellschaften geben sollte und dass dazu eine noch bessere kulturelle und soziale Durchmischung der Quartiere anvisiert werden soll. Um dies zu erreichen soll die Stadt Zürich Projekte und Angebote unterstützen, die Informationen, Kontakte und Begleitung im Wohnbereich anbieten, wie z.B. die Stiftung Domicil. Die Stadt soll dafür besorgt sein, dass der Diskriminierung bei der Wohnungssuche Einhalt geboten wird.

Die Stadt Zürich braucht mehr bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Familien und Personen mit geringem Budget. Hierzu bedarf es nebst Begleitmassnahmen auch eines stärkeren Lobbyings der Stadt bei den Wohnbauträgern. Ein spezielles Anliegen ist ein Angebot

für Haushaltsberatungen bezüglich Ökologie und Umgang mit Abfall, speziell für MigrantInnen. Als weitere Ideen im Bereich Wohnen wurden die Schaffung von Integrationspatenschaften im Wohnbereich oder die Abschaffung oder Modifizierung der bestehenden Hausregeln genannt.

Im Freizeitbereich bedarf es für MigrantInnen einer verbesserten Information über die bestehenden Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten im Quartier. Zusätzlich werden mehr heimat Sprachliche Literatur in den Bibliotheken und die Öffnung der Vereine für Neuzugewogene und «Infodesk à la Welcome Desk» in den jeweiligen Quartieren gefordert.

Gerade im Freizeitbereich wird einerseits die Tendenz hin zur Kommerzialisierung kritisiert andererseits wird gewünscht, dass die geleistete Freiwilligenarbeit durch die Stadt finanziell unterstützt wird. Dieser Wunsch wird damit begründet, dass das Interesse an Freiwilligenarbeit bei vielen MigrantInnen vorhanden sei, das für diese jedoch zuerst die Existenzsicherung im Vordergrund stehe.

Religion und Gesellschaft

Die Kontakte der Stadt zu den Religionsgemeinschaften werden als gut erachtet. Es wird gewünscht, dass beobachtet wird, ob in den Glaubensgemeinschaften nicht die fundamentalistischen Richtungen die Oberhand gewinnen und gleichzeitig sollen entsprechende Ängste in der Bevölkerung abgebaut werden. Interkulturelle und -religiöse Treffen, ergänzt mit Ausstellungen über gegenseitigen Respekt und Aufklärung in den Schulen könnten dazu einen Beitrag leisten. Von Seiten der Religionsgemeinschaften wird gewünscht, dass in den Bevölkerungsstatistiken die Aufteilung der kulturellen und religiösen Zugehörigkeiten aktuell gehalten wird.

Um mehr Aufmerksamkeit für die hier lebenden MigrantInnen und ihre Anliegen in den Medien zu erzielen, sollte möglichst darauf geachtet werden, dass die Berichterstattung positiv ist, alle Gruppierungen gleichwertig behandelt werden und insbesondere der wirtschaftlichen Nutzen der MigrantInnen aufgezeigt wird. Weitere Ideen für mehr positive Publizität wären ein AusländerInnenstreik, wöchentliche persönliche Berichte über AusländerInnen in der Stadt, das Bekanntmachen von Migrationshintergründen bei Prominenten oder die Schaffung eines städtischen Integrationspreises.

Kulturelle und heimatbezogene Vereine (MigrantInnenorganisationen)

Verschiedene MigrantInnenorganisationen wünschen eine verstärkte Zusammenarbeit und Informationsfluss untereinander sowie zur Stadt. Einige haben die Idee eines Hauses der Vereine, in dem sie einen Raum zur ständigen Benutzung erhalten könnten. Die MigrantInnenorganisation wünschen sich eine verstärkte Unterstützung insbesondere bei der Suche nach finanzierbaren oder finanzierten und ständig benutzbaren Räumlichkeiten oder (gleichberechtigt) Standplätze bzw. Zone für Fahrende. Zugleich wären sie für eine Anerkennung und Unterstützung für die vorhandenen und zur Verfügung gestellten Ressourcen dankbar.

Gesundheit, Alter und Tod

An MigrantInnen gerichtete Gesundheitskampagnen zur Ernährung der Kinder, zum Nutzen von Sport und mit dem Ansprechen von Tabuthemen werden grundsätzlich begrüsst. Dazu sollen jedoch verstärkt KulturübersetzerInnen zum Einsatz kommen.

Die Integration von älteren MigrantInnen und die Bereitstellung von altersspezifischen muttersprachlichen Angeboten werden gefordert. Nebst kulturspezifischen Pflegeangeboten und heimat Sprachlichen Beratungsangeboten für ältere Personen werden auch altersgemischte Wohnformen gewünscht.

Ganz allgemein soll die Bevölkerung vermehrt über die verschiedenen Umgangsformen der einzelnen Religionen mit dem Tod und der Beisetzung informiert werden.

Spezielle Themenfelder:

Integrationspolitik

Die städtische Integrationspolitik wird grundsätzlich begrüsst und überaus positiv bewertet. Speziell hervorgehoben wird die Grundhaltung, dass Migration Alltag ist und die dazugehörigen Massnahmen auf die Gesamtbevölkerung zielen sowie dass bei der Stadt, im Vergleich zum «Fördern und Fordern-Konzept», ein positiver Diskurs geführt wird. Der Integrationsbericht (2009) wird ebenfalls begrüsst und es wird vorgeschlagen, diesen alle paar Jahre zu wiederholen.

Dennoch gilt es regelmässig zu fragen, welche Integration man wolle und was unter Integration verstanden wird. Als interessant wird die Frage erachtet, wie hochqualifizierte MigrantInnen, die sich nicht für Integration interessieren, vermehrt in die hiesige Gesellschaft eingegliedert werden könnten. Positiv gewertet wird die Perspektive, Integration nicht über Defizite sondern über die bestehenden Ressourcen anzugehen. Kritisiert werden einzelne verwendete Begrifflichkeiten wie z.B. «Secondos».

Regelstrukturen

Als zentral und gleichzeitig selbstverständlich wird erachtet, dass die Regelstrukturen mit professionellen interkulturellen ÜbersetzerInnen zusammenarbeiten. Gleichzeitig können integrierte MigrantInnen als MultiplikatorInnen eingesetzt werden. Von Seiten der Verwaltung wird erwartet, dass sie ihre Arbeit auch mit «peripheren» Anbietern koordiniert, zusammenarbeitet und diese fördert. Schlussendlich sollen alle Regelstrukturen integrieren und als Brücke zwischen den einzelnen Angeboten dienen. Es wird berichtet, dass noch nicht alle Angebote für MigrantInnen vollumfänglich zugänglich seien, womit es weiterhin eines Engagements zu Gunsten einer diesbezüglichen Öffnung bedarf.

Willkommenskultur

Wer emigriert verlässt das vertraute soziale Umfeld. Um sich im neuen Lebensraum möglichst problemlos und rasch zu integrieren und Teil der neuen Gesellschaft zu werden, muss es der zugezogenen Person «wohl sein». Deshalb soll die Willkommenskultur weiter ausgebaut werden. Dafür bedarf es einer klareren Kommunikationsstrategie, im Idealfall muttersprachliche Kommunikation sowie der Einbindung der ethnospezifischen Medien. Gewünscht werden Begrüssungsveranstaltungen für Gruppen, die nach Herkunft getrennt eingeladen werden und die sehr persönlich gestaltet sind. Ein weiterer Vorschlag zur Verbesserung der Willkommenskultur wären Integrationspatenschaften (diese wurden anlässlich der Hearings mehrfach und in verschiedenen Zusammenhängen vorgeschlagen). Gleichzeitig wird erwünscht, dass sich Neuzuziehende verpflichten, sich an die Schweizer Kultur, Gebräuche und Sitten anzupassen.

Die Gesellschaft und die Zuwanderung verändern sich fortlaufend und sind ständig in Bewegung. Deshalb ist ein Austausch nicht nur zu Beginn wichtig, sondern die Stadt sollte einen immerwährenden interkulturellen Austausch und «Willkommenskultur» zwischen allen in der Stadt lebenden Menschen fördern und begleiten.

Zielgruppenerreichung

Für verschiedene Personen sind die Berührungängste und das Misstrauen oder das Unverständnis gegenüber der hiesigen Bevölkerung gross, was den Einsatz von interkulturellen Vermittlern bedarf. Als weitere Empfehlung für die Kontaktaufnahme wurde auch der

Weg über bereits seit längerem in der Schweiz wohnhafte Familienmitgliedern und insbes. über den Mann erwähnt. Mit dem Weg über den Ehemann wird erhofft, dass sich vermehrt auch Frauen integrieren «dürfen». Ebenfalls empfohlen wird der Ausbau des Angebots der «Femmes Tische» auf weitere Themenkreise.

Einheimische Gesellschaft

Vermehrt wird gefordert, die Schweizerische Gesellschaft bzw. die Aufnahmegesellschaft in die Integrationsbemühungen mit einzubeziehen. Dabei bedarf es einer Klarstellung, dass Integration keine Einbahnstrasse ist. Somit braucht es neben einer Befähigung der ZuwanderInnen auch einer Befähigung der Aufnahmegesellschaft, damit diese mit der zunehmenden Zuwanderung umgehen kann. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass die Gesamtbevölkerung die städtische Integrationspolitik kennt und dieser wohlwollend gegenüber steht. Gleichzeitig bedarf es einer Stärkung der «Schweizer Identität». Dies alles soll durch eine Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden, die Aufklärung, Information und Begegnungsveranstaltungen beinhaltet. Zusätzlich sollen auch noch Integrationskurse für SchweizerInnen, das Schulfach «Zusammenleben» und ein «Wertekurs» angeboten werden.

Partizipation

Ganz generell soll die Partizipation sowohl gesellschaftlich wie politisch gesteigert werden. Dies gilt nicht nur für einzelne MigrantInnen sondern auch für MigrantInnenorganisationen. Dadurch soll das vorhandene Demokratiedefizit gesenkt werden. Vorgeschlagen wird die Einführung des Ausländerstimmrechts auf kommunaler Ebene oder der Grundsatz «Keine Besteuerung ohne Mitbestimmung». Bestehende Partizipationsmöglichkeiten für MigrantInnen wie z.B. Elternräte wurden kritisch betrachtet, einerseits weil nur wenige MigrantInnen davon Gebrauch machen und andererseits weil diese auch vielfach demotivierend wirken können.

Bezüglich Einbürgerungsquote wurde die Meinung vertreten, dass diese noch zu tief sei. Ursache dafür seien der Verlust der bisherigen Staatsbürgerschaft, das umständliche und lange Verfahren, der Militärdienst, «Hetzjagd» auf bereits Eingebürgerte und mangelndes Interesse.

Gewalt, Delinquenz

Der Gewalt und Delinquenz in verschiedenster Form soll entschieden entgegengetreten werden. Zusätzlich braucht es Aufklärung und Interventionen rund um die Uhr in betroffenen Gebieten. Obwohl Gewalt und Delinquenz nichts mit der Herkunft zu tun haben, sollen KulturmediatorInnen eingesetzt werden. Gerade für jugendliche Straftäter sind sportliche und soziale Programme notwendig.

Rassismus und Diskriminierung

Rassismus gibt es überall, er darf jedoch nicht als gegeben hingenommen werden. Die Rassismusbekämpfung muss weiter intensiviert werden, insbesondere auch unter MigrantInnen. Zusätzlich soll die Polizei bezüglich Rassismusbekämpfung noch besser geschult, eine Ombudsstelle gegen Rassismus geschaffen sowie Anti-Rassismusprojekte verstärkt unterstützt werden. Speziell hervorgehoben wird die Schaffung eines Diskriminierungsmonitorings für Stellensuchende. Zusätzlich sollte die Stadt sich profilieren mit symbolischen Aktionen und dem Bekenntnis, dass sich die verschiedenen Kulturen in der Stadt präsentieren dürfen und dafür auch von ihr unterstützt werden.

Flüchtlinge, Asylsuchende und Sans-Papiers

Ein grosses Thema sowohl für Flüchtlinge, Asylsuchende sowie Sans-Papier ist ihre fehlende Eingliederung in den Arbeitsmarkt und daraus resultierend eine ungenügend vorhandene Tagesstruktur. Um dies zu erreichen fehlt ihnen meist die benötigte Bewilligung bzw. eine ausreichende Sozialhilfe. Lösungsansätze sind folglich insbesondere im Bereich der Tagesstrukturen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Information der Arbeitgeber zu sehen. Es wird vorgeschlagen, dass die Stadt Zürich dafür Ungehorsam gegenüber den politischen Realitäten einnehmen und insbesondere den Sans-Papiers Schutz bieten, sie kollektiv regulieren und sie in den Arbeitsmarkt eingliedern soll. Zusätzlich ist bei dieser Zielgruppe der Ausbau des Deutschlernangebotes, im Speziellen in den Durchgangszentren, eminent wichtig.

Projektfinanzierung

Ein Manko wurde bei den städtischen Projekt- bzw. Deutschkursfinanzierungen eruiert. Diese seien unzureichend, es bedürfe mehr Flexibilität, niederschwelligeren Kriterien und eines geringeren Formalismus'. Zusätzlich sollen auch städtische Kontraktinstitutionen von städtischen Integrationsprojektgeldern profitieren können. Es wird vorgeschlagen, dass jede Institution mit der Integrationsförderung für Integrationsleistung und mit dem Sozialdepartement für soziale Leistungen einen separaten Kontrakt vereinbaren kann.

Interkulturelle Ausbildung

Immer wieder wurde die Erweiterung der trans- und interkulturellen Kompetenzen erwähnt. Dabei wurde betont, dass eine diesbezügliche Weiterbildung insbesondere für Lehr- und Betreuungspersonen (sowie HauswartInnen) obligatorisch sein müsse. In der betreffenden Ausbildung sollte es um die Wahrnehmung von kulturellen Differenzen, den Umgang und die Einordnung sowie die Differenzierung gehen. Neben dem Wissen, wie mit Differenzen umgegangen werden kann, müssen «Alle» über alle Religionen Bescheid wissen. Gleichzeitig wird erwähnt, dass es wichtig ist, die vorhandene Diversität auszuhalten, zuzulassen und die sich daraus ergebenden Ressourcen zu nutzen und zu schätzen.

Spezielle Angebote für MigrantInnen:

Die Kurse für Frauen (In Zürich leben) sollen aufrechterhalten werden. Muttersprachliche Angebote werden begrüsst, sie sollten jedoch vermehrt durch die Stadt Zürich gesteuert werden und klaren Qualitätskriterien unterliegen. Der Bedarf nach muttersprachlichen Angeboten besteht besonders im Gesundheitspräventionsbereich sowie im Kontakt mit älteren MigrantInnen. Es wird betont, dass muttersprachliche Angebote die deutschsprachigen Angebote nicht ersetzen sondern ergänzen sollten.

Eine Verstärkung bedarf es im Bereich der Rechtsberatung für AusländerInnen, indem Integration auch als «gesetzliche» Aufgabe verstanden wird. Zusätzlich sollen als spezielle Angebote für MigrantInnen mehr Schreibdienste sowie Integrations-, Deutsch- und Arbeitsintegrationskurse als Gesamtpaket angeboten werden. Es stellt sich jedoch die Frage, was nach diesen Kursen passiert? Abschliessend bedarf es einer Anerkennung für die geleistete Integration gegenüber den «Integrierten».